

Kompakte Zusammenfassung der Vorlesung
Grundzüge der Wirtschaftspolitik von Prof. Dr. Lothar
Czayka WS 99/00

Thomas Rupp¹

Quellen:

Tutoriumslösungen, Vorlesungsmitschrift, Skript WS 97/98
Materialsammlung, Ahrns-Feser: Wirtschaftspolitik

20. Februar 2000

¹thomas@7t7.de

Inhaltsverzeichnis

1	Methodologische Grundlagen	1
1.1	Begriff der Wirtschaftspolitik	1
1.1.1	Gestalter der Wirtschaftspolitik	1
1.2	Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem	2
1.2.1	Wirtschaftssystem	2
1.3	Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik	2
1.3.1	Wirtschaftstheorie	3
1.3.2	Theorie der Wirtschaftspolitik	3
1.3.3	Zusammenhang	3
1.4	Theoretischer Pluralismus und Überprüfbarkeit	3
1.4.1	Theoretischer Pluralismus	3
1.4.2	Überprüfbarkeit	3
1.5	Werturteilsproblematik, Beratungsmodelle	4
1.5.1	MAX WEBER's Postulat	4
1.5.2	HABERMAS-Modell der Politikberatung	4
2	Wirtschaftspolitische Grundkonzeptionen	6
2.1	Klassischer Liberalismus (nach ADAM SMITH)	6
2.1.1	Abkehr vom Merkantilismus	6
2.1.2	Grundprinzipien des klassischen Liberalismus	6
2.1.3	Kritik von KARL MARX	7
2.2	Ordoliberalismus nach WALTER EUCKEN	7
2.2.1	Konzept	7
2.2.2	vollständiger Wettbewerb	8
2.2.3	Staatliche Wirtschaftspolitik	8
2.2.4	Zentrale Merkmale	8
2.3	Soziale Marktwirtschaft nach MÜLLER-ARMACK	9
2.3.1	Grundgedanken	9
2.3.2	Staatsaufgaben	9
2.3.3	Zentrale Merkmale	9
2.3.4	Liberaler Sozialismus	10
2.3.5	Investitionslenkung	10
2.4	Neoliberalismus und die Kritik am Wohlfahrtsstaat	10
2.4.1	Kritik am Wohlfahrtsstaat	10
2.4.2	Merkmale des Neoliberalismus	10
3	Wirtschaftspolitische Ziele und Instrumente	11
3.1	ARROW's Unmöglichkeitstheorem	11
3.1.1	Annahmen	11
3.1.2	Bedingungen	11
3.1.3	Theorem	11
3.2	Ziel-Pluralität: Gesellschaftliche Grundwerte	11

3.2.1	Gesellschaftliche Grundwerte einer Demokratie	11
3.2.2	Problematik	12
3.2.3	Ziele der Stabilisierungspolitik	12
3.3	Kategorien wirtschaftspolitischer Instrumente	13
3.3.1	wirtschaftspolitische Aktionsmöglichkeiten	13
3.3.2	Kategorisierung wirtschaftspolitischer Instrumente	13
3.3.3	Wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten	14
3.4	Zielbeziehungen	14
3.4.1	logische Zielbeziehungen	14
3.4.2	Instrumentelle bzw. empirische Zielbeziehungen	15
3.5	Quantitative Prozesspolitik - das TINBERGEN-Modell	15
3.5.1	Annahmen	15
3.5.2	Grundstruktur	16
3.5.3	Analytisches Problem	16
3.5.4	Politisches Problem	16
3.5.5	flexible-target-policy	17
3.5.6	fixed-target-policy	17
3.5.7	Anmerkungen zur Vereinfachung aus der Vorlesung	17
3.5.8	Kritik	18
4	Neue politische Ökonomie	19
4.1	Das ROUSSEAU'sche Demokratiemodell	19
4.1.1	Annahmen	19
4.1.2	Konsequenzen	19
4.1.3	Kritik	19
4.2	Prinzipien der Neuen Politischen Ökonomie	20
4.3	DOWN's Theorie der Demokratie	20
4.3.1	Annahmen	20
4.3.2	Konsequenzen	21
4.3.3	Kritik	21
4.4	OLSON's Theorie der Interessengruppen	21
4.4.1	traditionelle Vorstellung	22
4.4.2	Annahmen	22
4.4.3	Folgerungen	22
4.4.4	Formen und Einfluss von Interessengruppen	22
4.5	NISKANEN's ökonomische Theorie der Bürokratie	23
4.5.1	Annahmen	23
4.5.2	Konzept	23
4.5.3	Kritik	24
4.6	Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik	24
5	Wettbewerbspolitik	25
5.1	Aufgaben	25
5.2	Wettbewerbsfunktionen	25
5.2.1	ökonomische Wettbewerbsfunktion	25
5.2.2	gesellschaftliche Funktion (Freiheitsfunktion?)	26
5.3	Wettbewerbstheorien	26
5.3.1	Klassifizierungen	26
5.3.2	klassische Konzept des "freien Wettbewerbs" (Smith)	26
5.3.3	Neoklassische Modell der "vollkommenen Konkurrenz"	26
5.3.4	Ordoliberaler "vollständiger Wettbewerb" (Eucken)	27
5.4	Das Kantzenbachkonzept	27
5.4.1	Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität	27
5.4.2	Folgerungen	27

5.4.3	Kritik	28
5.5	Neuklassische Konzept der WB-Freiheit	28
5.5.1	Annahmen	28
5.5.2	Beschränkungen der Wettbewerbsfreiheit	28
5.5.3	politisches Konzept	29
5.5.4	Kritik	29
5.6	WB-Konzept der Chicago-Schule	29
5.6.1	Konzept	29
5.6.2	Kritik	30
5.7	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	30
5.7.1	Kartellverbot	30
5.7.2	Mißbrauchsaufsicht marktbeherrschender Unternehmen	30
5.7.3	Fusionskontrolle	30
6	Stabilisierungspolitik	31
6.1	Allgemeines	31
6.1.1	Schwankungen des Produktionspotentials	31
6.1.2	Ziele	31
6.2	Arbeitslosigkeit	31
6.2.1	Klassifizierung der Arbeitslosigkeit	31
6.2.2	Die Bundesanstalt für Arbeit	32
6.3	Preisniveaustabilität	32
6.3.1	Ziel der stabilen Preise	32
6.3.2	Inflation	33
6.3.3	Die Zentralbank	33
6.4	Keynes bezüglich Arbeitslosigkeit und Preisniveau	34
6.4.1	Arbeitslosigkeit	34
6.4.2	Inflation	34
6.4.3	Kritik der Keynesianischen Politik	35
7	Wachstums- und Strukturpolitik	36
7.1	Wachstumspolitik	36
7.1.1	Faktoren des realen Sozialprodukts	36
7.1.2	Instrumente der Wachstumspolitik	36
7.1.3	Kritik an quantitativer Wachstumspolitik	37
7.2	Strukturpolitik	37
7.2.1	Klassifizierung der Struktur	37
7.2.2	Struktureller Wandel	37
7.2.3	Drei-Sektoren-Hypothese	37
7.2.4	Instrumente der Strukturpolitik	38
A	Übersichten	39
A.1	Vergleich der Grundkonzepte privat-kapitalistischer Märkte	39
A.2	Das Keynesianische Totalmodell	40
B	Nebenerläuterungen	41
B.1	Die Phillips-Kurve	41
B.1.1	originäre Phillipskurve	41
B.1.2	modifizierte Phillipskurve	41

Kapitel 1

Methodologische Grundlagen

1.1 Begriff der Wirtschaftspolitik

- Wissenschaftliche Disziplin, deren Forschungsgegenstand das (Mit-)Gestalten des gesellschaftlichen "Wirtschaftens" ist
- Teilbereich der allgemeinen Politik
- Analyse von Mitteln zur Erreichung bestimmter Ziele zentraler Bereich
- Maßnahmen staatlicher Instanzen zur Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses in Hinblick auf die Erreichung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Ziele

1.1.1 Gestalter der Wirtschaftspolitik

- Träger der Wirtschaftspolitik (staatliche Institutionen)
 1. Legislative und Exekutive auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
 2. Inter- und supranationale Organisationen (EU, UNO) sofern entsprechende Rechte übertragen wurden
 3. Notenbank
 4. Sachverständigenrat
 5. Verwaltungsorgane (sofern sie direkt involviert sind)
 6. Judikative, z.B. Verfassungsgericht, etc.
- Beeinflussung der Wirtschaftspolitik (nicht-staatliche Institutionen, Interessengruppen)
 1. Interessenverbände
 2. Wissenschaft
 3. politische Parteien
 4. Ausland
 5. Demoskopie (Wähler), Massenmedien, etc.

Wirtschaftspolitische Handlungen sind Ergebnisse politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

1.2 Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem

Wirtschaftspolitik findet innerhalb eines bestimmten Wirtschaftssystems (alle Handlungen, die materielle Güter und Dienste produzieren oder bereitstellen) statt, welches eng mit dem politischen (alle Handlungen, die eine Bedürfnisbefriedigung durch legitime Gewalt sichern) und kulturellem System verflochten ist.

1.2.1 Wirtschaftssystem

Langfristige Organisation der ökonomischen Willensbildung in der Gesellschaft. Unterscheidung nach den zwei Hauptkriterien (nach LEIPOLD)

- Eigentumsordnung (Privat, Gesellschafts- oder Staatseigentum)
- Art der Koordination (Dezentrale- oder zentrale Planung und Lenkung)

Präzisierung des Eigentumsbegriffs

- Eigentumssubjekte
 - natürliche Personen
 - kollektive natürliche Personen
 - juristische Personen des Privatrechts
 - juristische Personen des öffentlichen Rechts
 - nicht-staatliche öffentliche Institutionen
- Eigentumsobjekte
 - Menschen
 - menschliche Arbeitskraft
 - materielle Güter
 - immaterielle Güter
 - Forderungstitel
 - Beteiligungstitel
- Eigentumsrechte
 - Gebrauchsrecht (Nutzung eines Gutes)
 - Transformationsrecht (Umwandlung eines Gutes)
 - Übertragungsrecht
 - Ertragsrecht

Wirtschaftssystem der BRD zeichnet sich durch weitgehendes (aber eingeschränktes: Steuern, Natur/Denkmalschutz, etc.) Privateigentum und weitgehende (z.B. Währung und Tariflöhne zentral) dezentrale Entscheidungen aus.

1.3 Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftstheorie stellt mit ihren verschiedenen wissenschaftlichen Theorien den notwendige Bezugs- und Argumentationsrahmen, aus denen die verschiedenen Theorieansätze der Wirtschaftspolitik beruhen.

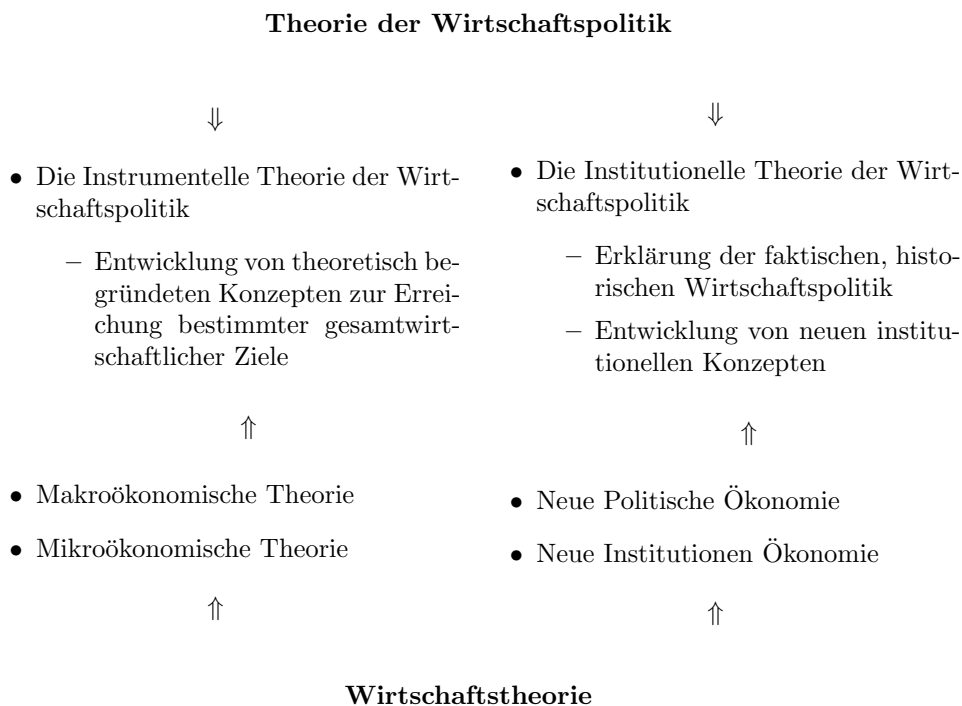
1.3.1 Wirtschaftstheorie

Versuch Kausalzusammenhänge zwischen ökonomischen Größen theoretisch darzustellen

1.3.2 Theorie der Wirtschaftspolitik

Aus den Aussagen der Wirtschaftstheorie wird versucht theoretische Handlungsmöglichkeiten abzuleiten

1.3.3 Zusammenhang



Theoretische Wirtschaftspolitik ist angewandte Wirtschaftstheorie.

1.4 Theoretischer Pluralismus und Überprüfbarkeit

1.4.1 Theoretischer Pluralismus

Wirtschaftswissenschaften zählen zu den Sozialwissenschaften. Es existieren viele verschiedene Theorien, aus denen sich dementsprechend viele unterschiedliche Rezepte ableiten.

1.4.2 Überprüfbarkeit

Hypothesen lassen sich kaum verifizieren:

- *ceteris-paribus*-Klausel (alles andere bleibt gleich) nicht realisierbar
- zuviele mögliche Ursachen

1.5 Werturteilsproblematik, Beratungsmodelle

1.5.1 Max Weber's Postulat

MAX WEBER's Postulat der Wertfreiheit der Wissenschaft kategorisiert normative Sätze:

1. Wertbekenntnisse
 - subjektive Bewertungen eines singulären Tatbestands mit sozialen Wertprädikaten
2. Sollsätze
 - nicht subjektive Forderungen (imperativer Charakter)
3. Werturteile
 - Sätze mit Wertprädikaten (gut, ungerecht, etc.) im Behauptungsmodus
 - **Überprüfbare Behauptungen sind keine Werturteile** (z.B. Preisniveaustabilität verbessert Sicherheit der Investitionen, da bessere Planbarkeit)

Wissenschaftler soll auf die Formulierung von Sollsätzen und Werturteilen verzichten oder sie explizit betonen. Objektive Wertbekenntnisse sind nicht möglich (nicht zu klärender philosophischer Streit).

Entschärfung der Kritik am Postulat

- Forschungsrichtung und Methoden sind nicht Gegenstand des Postulats.
- Theorien können als "wenn..., dann..."-Handlungsrezepte verpackt werden. Impliziertes Werturteil also unnötig.
- Behauptungen über herrschende Wertvorstellungen sind keine Werturteile (wissenschaftliche Aussage über Meinung der Bevölkerung)
- Postulat ist eine Metanorm und daher nicht in sich widersprüchlich

Möglichkeiten innerhalb des Postulats

- Konsensuntersuchung über wirtschaftspolitische Ziele (und deren Erfassung)
- Hinterfragung der Gründe
- Präzisierung und Modellierung der Ziele
- Untersuchung der logischen und empirischen Zielbeziehungen
- Untersuchung der Auswirkungen

1.5.2 Habermas-Modell der Politikberatung

1. Das technokratische Modell
 - Gesellschaft wird durch die Prinzipien der Technik geformt
 - objektive Werterkenntnis möglich
 - Sachzwänge ergeben sich durch wissenschaftliche Analyse der Umstände und Herleitung des Wünschenswerten
 - Wissenschaftler dominiert alles

2. Das dezisionistische Modell

- Recht ist, was Gesetzgebung zu Recht erklärt
- Politiker werten, legen also Ziele fest
- Wissenschaft liefert Rezepte und Instrumente, kontrolliert die Erfolge
- Wissenschaftler ist Berater der Politik

3. Das pragmatische Modell

- Tatsachen und Handlungen sind dem reinen Denken vorzuziehen
- öffentlicher Diskurs zwischen Politiker, Wissenschaftler und Öffentlichkeit bis zum Konsens
- Wissenschaftler berät, entscheidet mit, kontrolliert

Die tatsächlichen Beratungsformen liegen zwischen dem 2. (Beiräte der Ministerien für Wirtschaft und Finanzen) und dem 3. Modell (wissenschaftlich geschulten Planungsabteilungen der Ministerien).

Kapitel 2

Wirtschaftspolitische Grundkonzeptionen

2.1 Klassischer Liberalismus (nach Adam Smith)

Entstehung Mitte des 18. Jahrhunderts, Anfang der industriellen Revolution.

2.1.1 Abkehr vom Merkantilismus

- Mehrung des Reichtums des Herrschers oberster Grundsatz
- Staat kontrolliert und dirigiert Wirtschaft
 - Expansive Bevölkerungspolitik
 - Protektionismus
 - Landwirtschaft hoch besteuert, nicht gefördert
 - Handelüberschüsse erzielen

2.1.2 Grundprinzipien des klassischen Liberalismus

- Sparneigung (führt zu Kapitalbildung)
- Tauschtrieb und Eigennutzstreben
- ⇒ Freier Wettbewerb
 - Das durch staatliche Autorität unbeeinflusste Streben nach individueller Nutzenmaximierung bringt auf Dauer und im Durchschnitt den größten Nutzen für alle mit sich (*invisible hand*).
 - Marktmechanismus führt zur optimalen Ressourcenallokation und Güterproduktion
 - kurzfristige Marktstörungen regeln sich von selbst
- Staat soll sich auf Sicherung des Privateigentums und ungehinderten Wirtschaftsverkehr beschränken
 - Staat kann Maßnahmen zur Konkurrenzsicherung ergreifen
 - Staat soll für funktionsfähiges Währungssystem sorgen
 - Staat soll Kollektivgüter (Bildung, Infrastruktur, etc.) bereitstellen

- Staat soll Landesverteidigung übernehmen
- Staat soll verbindliche Rechtsordnung schaffen und durchsetzen
- proportionale Einkommenssteuer

2.1.3 Kritik von Karl Marx

- Soziale Ungerechtigkeit
 - Mehrheit der sachlichen Produktionsmitteln Eigentum einer Minderheit
 - Mehrwert (Gebrauchswert – Tauschwert) fließt nur Kapitalisten zu
 - Ausbeutung der Arbeiterklasse
- Güterproduktion entspricht nicht den menschlichen Bedürfnissen (Waren-Fetischismus)
- Tendenz zur relativen Verelendung der Arbeiterklasse
- periodische Überinvestitionskrisen führen zur Abwertung des überflüssigen Realkapitals und damit zu sinkenden Löhnen, was wiederum zu höherer Arbeitslosigkeit und somit wieder zu einem Aufschwung führt
- langfristige Arbeitslosigkeit durch zunehmende Kapitalintensität der Produktion
- Tendenz zur kommerzialisierung der Gesellschaft (Entfremdung)
- Tendenz zur Globalisierung
- Durch technischen Fortschritt kommt es zu verschärfung der Krisen, welche zum Zusammenbruch des Systems und dann in den Kommunismus führen

Kapitalismus ist durch seine Produktivitätssteigerung notwendig, damit die Voraussetzungen des Kommunismus geschaffen werden. MARX verschweigt aber, wie das Koordinierungsproblem des Kommunismus gelöst werden sollte.

2.2 Ordoliberalismus nach Walter Eucken

Die Weltwirtschaftskrise zeigte, dass ungezügelter Liberalismus auch nicht im Sinne der Gesellschaft liegen kann. Der Ordoliberalismus versucht diese durch straffe Ordnung in richtige Bahnen zu lenken.

2.2.1 Konzept

- Schutz der individuellen Freiheitssphäre
- Vollständige Konkurrenz als Wettbewerbsleitbild
- Staat nimmt starke, aber klar definierte Stellung ein
- **Staatliche Wirtschaftspolitik:** Schaffung eines **vollständigen Wettbewerbs** bei vollständiger Konkurrenz mittels **konstituierenden** (primär) und **regulierenden** (sekundär) **Prinzipien**

2.2.2 vollständiger Wettbewerb

- bilaterales Polypol (atomistische Marktstruktur)
- vollkommene Markttransparenz und Information
- keine Marktzugangsbeschränkungen
- Homogenität des Angebots und der Angebotsbedingungen (Austauschbarkeit der Güter)
- keine Temporären Vorsprungsgewinne (Marktteilnehmer reagieren sofort)
- Preis spiegelt die Knappheit der Ressourcen wieder

⇒ funktionierender Markt bei vollständiger Konkurrenz

2.2.3 Staatliche Wirtschaftspolitik

Konstituierende Prinzipien (Ordnungspolitik)

1. Grundprinzip
 - aktive Wettbewerbsordnung mit Orientierung am funktionierenden Markt bei vollständiger Konkurrenz
 - Vermeidung von ökonomische Machtkonzentrationen
 - ⇒ Preise sind nach oben und unten variabel
2. Schaffung einer Währungsordnung, die Preisniveaustabilität garantiert
3. Offenhaltung der Märkte
4. Garantie des Privateigentums
5. Garantie der Vertragsfreiheit (außer bei Wettbewerbsbeschränkenden Verträgen)
6. Weitgehende Schadenshaftung der Entscheidungsträger
7. Konstanz der Wirtschaftspolitik
8. Alle Prinzipien sollen erfüllt werden

Regulierende Prinzipien (Prozesspolitik)

1. Aktive Monopol- und Oligopolkontrolle (Verhinderung, Preiskontrolle bei natürlichen, etc.)
2. Progressive Einkommenssteuer (Korrektur der Einkommensverteilung)
3. Richtige Wirtschaftsrechnung (Internalisierung negativer externer Effekte, wie z.B. Umweltkosten)
4. Staatliche Intervention bei anormalen Angebotsverhalten (Mindestlohn)

2.2.4 Zentrale Merkmale

- wissenschaftlich, logisch, strigent
- vollständiger Wettbewerb
- Ordnungspolitik hat Priorität
- qualitative Wirtschaftspolitik

2.3 Soziale Marktwirtschaft nach Müller-Armack

Soziale Marktwirtschaft \cong Sozialer Liberalismus

2.3.1 Grundgedanken

- Gewährleistung individueller Freiheit
- Wohlstand und Eigentum für alle (magisches Viereck)
- Soziale Sicherung und Gerechtigkeit
- Wettbewerb als Leitbild, aber Förderung von Monopolen und Oligopolen wo erforderlich
- aktive Förderung und Erhalt eines funktionierenden Wettbewerbs (workable competition)

2.3.2 Staatsaufgaben

1. aktive Wirtschafts-, Wettbewerbspolitik
 - im Zeichen des funktionsfähigen Wettbewerbs
 - Förderung des technischen Fortschritts
 - Duldung von Großunternehmen
2. Geldpolitik mit Ziel der Preisniveaustabilität
3. Konjunkturpolitik (insbesondere Fiskalpolitik)
4. sektorale Strukturanpassungspolitik
5. Sozialpolitik
 - Ausbau des Systems der sozialen Sicherung
 - Korrektur der Einkommensverteilung
 - Beschäftigungspolitik (Arbeitsmarkt- Konjunkturpolitik)
 - Strukturanpassungspolitik
 - Mittbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer
 - Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer
6. Bildungspolitik

2.3.3 Zentrale Merkmale

- offene Formulierung, dynamische Veranlagung
- funktionsfähiger Wettbewerb (workable competition)
- Ordnungspolitik gleichrangig mit Prozesspolitik
- quantitative Wirtschaftspolitik

2.3.4 Liberaler Sozialismus

- Wie Sozialer Liberalismus, bis auf
 - vorausschauender sektoraler Strukturpolitik (**Investitionslenkung**)
 - verstaatlichung der Banken
 - Höherer Staatsanteil am Sozialprodukt
 - weniger Marktvertrauen

2.3.5 Investitionslenkung

Reglementierte Gebote für Investitionsentscheidungen.

Typen der Investitionslenkung

1. indikative Investitionslenkung (Informationen)
2. indirekte Investitionslenkung (Anreize durch den Staat)
3. direkte Investitionslenkung (Ge- und Verbote des Staates)

2.4 Neoliberalismus und die Kritik am Wohlfahrtsstaat

2.4.1 Kritik am Wohlfahrtsstaat

- Ausweitung der Staatsaufgaben führt weg von der Marktwirtschaft und endet in einer Planwirtschaft
- Zunahme der Regulierungen führen zur Aushöhlung des Privateigentums
- Keynesianische (antizyklische) Konjunkturpolitik trägt zu Verunsicherung bei und ist unwirksam
- Keynesianische Beschäftigungspolitik: nur kurzfristige positive Effekte, langfristig steigende Inflationsrate und Staatsverschuldung, Konjunkturschwankungen werden verstärkt
- zuviel Sozialpolitik führt zu Anspruchsdenken

2.4.2 Merkmale des Neoliberalismus

1. Rückbesinnung auf die Ideen des klassischen Neoliberalismus
2. Reduzierung des Staatsaufgaben auf
 - Rechtsordnung
 - Wettbewerbspolitik (Anti-Monopolpolitik)
 - Preisniveaustabilisierung
 - Reduzierung der Sozialpolitik auf vernünftiges Maß

Kapitel 3

Wirtschaftspolitische Ziele und Instrumente

3.1 Arrow's Unmöglichkeitstheorem

Eine Soziale Wohlfahrtsfunktion soll allen individuellen Präferenzordnungen genügen.

3.1.1 Annahmen

- Jedes Individuum besitzt eine Präferenzordnung bezüglich sozialer Zustände
- Die Präferenzrelationen bilden bzgl. der Menge aller Zustände eine vollständige Ordnung $<$
 1. Reflexivität ($A = A$)
 2. Transitivität ($A < B, B < C \Rightarrow A < C$)
 3. Vollständigkeit ($\forall A, B \in M : (A < B) \text{ XOR } (B < A) \text{ XOR } A = B$)

3.1.2 Bedingungen

1. Alle logisch möglichen individuellen Präferenzordnungen sind zugelassen
2. schwache Pareto-Bedingung (wenn jeder Zustand 1 dem 2. Zustand vorzieht, dann tut es auch die Soziale Wohlfahrtsfunktion)
3. Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen (z.B. verschiedene Intensitäten der Präferenzen)
4. Nicht-Diktator-Bedingung

3.1.3 Theorem

Theorem: Wenn es mehr als zwei soziale Zustände gibt, existiert keine Soziale Wohlfahrtsfunktion, welche die obigen Bedingungen sämtlich erfüllen kann.

3.2 Ziel-Pluralität: Gesellschaftliche Grundwerte

3.2.1 Gesellschaftliche Grundwerte einer Demokratie

- Freiheit (möglichst geringe Beschränkung des Handlungsspielraums)

- Sicherheit (Schutz vor Risiken des Lebens, Wohlstand auf Dauer) Totale Sicherheit und Wahrnehmung der Freiheitsrechte unvereinbar
- Gerechtigkeit (Frage nach Verteilung von Einkommens- und Entscheidungsbefugnissen, Gleichheit vor Gesetz und Gesellschaft)
- Wohlstand (materielle Versorgung, fundiert Freiheit in materieller Sicht, Messung erfolgt am Niveau der Bedürfnisbefriedigung)
- Fortschritt

3.2.2 Problematik

Bei aller Übereinstimmung über die Grundwerte, treten bei ihrer Realisierung doch Probleme zutage:

- Lageproblem (Pro- und Diagnose der (zukünftigen) Lage)
- Zielproblem (welche Ziele sollen im Detail angestrebt werden)
- Mittelproblem (welche Instrumente soll man benutzen)
- Kontrollproblem (Kontrolle der Wirkung der eingesetzten Mittel)

3.2.3 Ziele der Stabilisierungspolitik

Stabilität wird als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel (weitgehend) anerkannt. Manifestierung im Stabilitätsgesetz von 1963:

1. Preisniveaustabilität
 - Preissteigerungen bewirken
 - Gefährdung der Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems
 - Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Exportindustrie
 - unerwünschte Umverteilung der Einkommen zu Lasten der sozial Schwachen
 - Preissteigerungen haben ihre Ursachen in
 - zu starke Ausdehnung der Geldmenge (Geldmengeninflation)
 - zu hohe Nachfrage im Vergleich zum Angebot (Nachfragesog-Inflation)
 - Steigerung der Produktionskosten (Kostendruck-Inflation)
2. Hoher Beschäftigungsstand
 - Arbeitslosigkeit bedeutet volkswirtschaftlich den Verzicht auf Produktionsmöglichkeiten und bessere Güter- bzw. Dienstleistungsversorgung
 - Verminderung der sozialen Chancen von Arbeitslosen
 - Vermeidung von struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit; saisonale und friktionelle ist natürlich
3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - Nutzbarkeit der Vorteile internationaler Arbeitsteilung
 - statistische Erfassung in der Zahlungsbilanz (Leistungs- und Kapitalverkehr)

4. Stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum

- Vermeidung von Ungleichgewichtslagen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Auslastung des Produktionspotentials (inkl. Importe)
- Streben nach einem dynamischen Gleichgewicht

Die Konkretisierung dieser gesamtwirtschaftlichen Ziele ist im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung anzustreben; das dadurch anzustrebende gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist ein politisch motivierter, und damit sehr relativer Begriff

3.3 Kategorien wirtschaftspolitischer Instrumente

3.3.1 wirtschaftspolitische Aktionsmöglichkeiten

1. wirtschaftspolitische Instrumente (Mittel)

- kontrollierbarer Sachverhalt
- mit Restriktionen verfügbarer Aktionsparameter staatlicher Akteure
- quantifizierbares, numerisches Instrument \equiv Instrumentenvariabel

2. wirtschaftspolitische Maßnahmen

- Anwendung eines wirtschaftspolitischen Instruments
- quantitative Maßnahme \equiv Änderung des Werts der Instrumentenvariabel

3. wirtschaftspolitische Aktionsalternativen

- mögliche wirtschaftspolitische Maßnahmen

3.3.2 Kategorisierung wirtschaftspolitischer Instrumente

1. Zielbereiche

- Wachstums-, Sozialpolitik, etc.

2. Eingriffsbereiche (Änderung d. Wirtschaftsordnung bzw.-prozesses)

- Mikroebene (einzelne Unternehmen)
- Mesoebene (zwischen Mikro und Makro)
- Makroebene (volkswirtschaftlich)

3. Eingriffsintensität

- Ge- und Verbote (Kartellverbot, etc.)
- Anreize (Steuervergünstigungen, Subventionen, etc.)
- Verhandlung (Bündnis für Arbeit)
- Information (Sachverständigenrat)

4. Quantifizierbarkeit

- qualitativ (Kartellverbot)
- quantitativ (Steuern, Zinsen, etc.)

5. Fristigkeit

- Ordnungspolitik (Gesetze)

- Prozesspolitik (Maßnahmen)

6. Einsatzform

- Steuerung (vorausschauende Vermeidungspolitik)
- Regelung (nachträgliche Reperaturpolitik)
- Diskretionäre (Fall-zu-Fall-Entscheidungen)
- Automatismus

Wirtschaftspolitische Instrumente

- Instrumente der Verhaltensanweisung
 - Mengenzpolitik (Qualitätsnormen)
 - Preispolitik (Höchst- und Mindestpreise)
 - Lohn- und Arbeitsmarktpolitik (Höchst- und Mindestlöhne, Arbeitsnormen)
 - Außenwirtschaftspolitik (Ex- bzw. Importbeschränkungen)
- Instrumente der Verhaltensinduzierung
 - Ordnungspolitik (Wettbewerbs-, Eigentumsordnung)
 - Prozesspolitik
 - * Fiskalpolitik (Ausgaben-, Einnahmen-, Verschuldungspolitik)
 - * Geld- und Kreditpolitik (Handlungsmöglichkeiten der EZB)
 - Informationspolitik (Werbung, Beratung, Information)
- Instrumente der Verhaltensabstimmung
 - Konzertierte Aktionen
 - Verhandlungen

3.3.3 Wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten

1. Systemädequate Instrumente bzw. Maßnahmen
2. Problemädequate Instrumente bzw. Maßnahmen
3. Rechtlich-institutionell mögliche Instrumente bzw. Maßnahmen
4. Politisch durchsetzbare Instrumente bzw. Maßnahmen

Nur die Schnittmenge der vier Kategorien lässt sich verwirklichen.

3.4 Zielbeziehungen

3.4.1 logische Zielbeziehungen

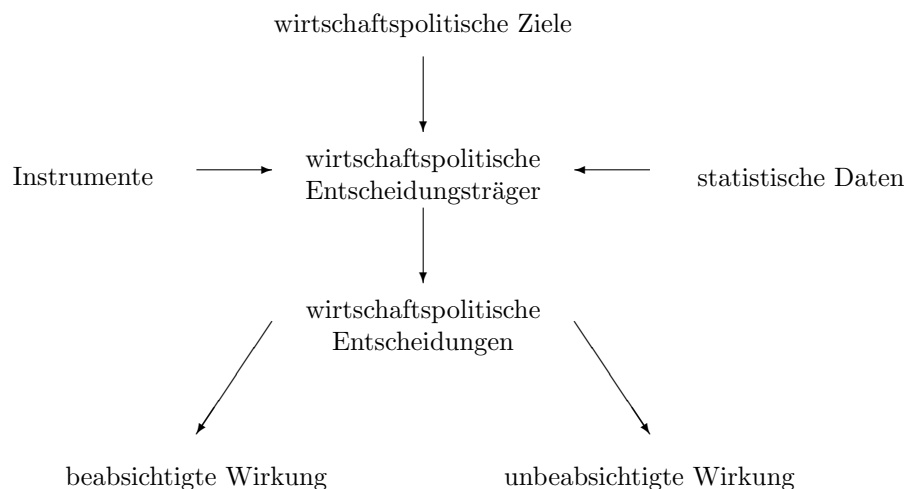
- Identität (Aufblähung des Zielkatalogs)
- logische Widersprüchlichkeit (Lohn- und Gewinnquote oder Freiheit und Sicherheit erhöhen)
- logische Unabhängigkeit (Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität)

3.4.2 Instrumentelle bzw. empirische Zielbeziehungen

- instrumentelle Zielharmonie (Investitionsförderung \Rightarrow Wachstum und Beschäftigung)
- instrumentelle Zielkonflikte (Phillipskurve, höherer Kündigungsschutz \Rightarrow soziale Sicherung \uparrow , Vollbeschäftigung \downarrow)
- instrumentelle Neutralität (bei Monetaristen: Preisniveaustabilität, Geldpolitik)

3.5 Das Tinbergen-Modell

Das TINBERGEN-Modell ist ein dezisionistisches Entscheidungsmodell der 50er Jahre.



3.5.1 Annahmen

- Existenz eines objektiven Gemeinwohls, Richtwert für politische Entscheidungen
- Ziele und Instrumente sind quantifizierbar (andere bleiben unberücksichtigt)
- Alle Entscheidungsrelevanten Informationen (inklusive Ziele, Instrumente) sind vorgegeben (keine Unsicherheiten)
- Koordinationsforderung ist leicht zu erfüllen (keine Abstimmungsprobleme)
- Alle Entscheidungsrelevanten Informationen sind eindeutig
- Jeder Zielwert kann als Linearkombination von Instrumenten und Daten dargestellt werden (Linearität des Modells)
- weitere Vereinfachungen in der Vorlesung
 - Daten (B, \vec{d}) bleiben unberücksichtigt
 - nur zwei Ziele und zwei Instrumente
 - unbeschränkte Variationsbreite der Instrumente

3.5.2 Grundstruktur

$$\vec{z} = A\vec{m} + B\vec{d}$$

bzw.

$$\begin{pmatrix} z_1 \\ z_2 \\ \vdots \\ z_{k-1} \\ z_k \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_{1,1} & \cdots & a_{1,k} \\ \vdots & \ddots & \vdots \\ a_{k,1} & \cdots & a_{k,k} \end{pmatrix} \begin{pmatrix} m_1 \\ m_2 \\ \vdots \\ m_{k-1} \\ m_k \end{pmatrix} + \begin{pmatrix} b_{1,1} & \cdots & b_{1,k} \\ \vdots & \ddots & \vdots \\ b_{k,1} & \cdots & b_{k,k} \end{pmatrix} \begin{pmatrix} d_1 \\ d_2 \\ \vdots \\ d_{k-1} \\ d_k \end{pmatrix}$$

Zielvektor \vec{z}

- numerisch erfasste Zielvorgaben
- z.B. 4% Arbeitslosigkeit, 3% mehr Investitionen, etc.

Instrumentenmatrix A

- beschreibt Zusammenhang zwischen einzelnen Instrumenten und den Zielwerten
- Muss von Wirtschaftstheoretikern mit empirischen und ökonometrischen Methoden ermittelt und bereitgestellt werden
- Element $a_{i,j}$ liefert partielle Effizienz des Instruments m_j bezüglich des Ziels z_i : $a_{i,j} = \frac{\partial z_i}{\partial m_j}$

Instrumentenvektor \vec{m}

- numerische Größen der einzelnen Instrumente
- jede Größe besitzt eine eigene Variationsbreite ($0 \leq m_i < \infty$)

Detenmatrix D

- beschreibt Zusammenhang zwischen einzelnen fixen Charakteristika und den Zielwerten
- (vgl. A)

Datenvektor \vec{d}

- exogen vorgegebene Charakteristika der Volkswirtschaft
- kurzfristig konstant, nur langfristig änderbar
- z.B. Bedürfnisstruktur, Produktionstechnik, etc.

3.5.3 Analytisches Problem

- $\vec{z} = A\vec{m} + B\vec{d}$ ausrechnen
- Untersuchung, wie sich die Zielwerte bei variablen Instrumenteneinsatz ändern

3.5.4 Politisches Problem

- $\vec{m} = A^{-1}\vec{z} - A^{-1}B\vec{d}$ ausrechnen
- Ermittlung der Instrumentenwerte zur Erreichung vorgegebener Ziele

3.5.5 flexible-target-policy

- Zielwerte (\vec{z}) sind nicht vorgegeben
- Ziel ist Maximierung der Wohlfahrt
- ARROW's \Rightarrow nur didaktischer Nutzen

3.5.6 fixed-target-policy

- Zielwerte (\vec{z}) sind vorgegeben
- Ziel ist (möglichst gute) Realisierung der vorgegebenen Zielwerte
- z.B. Arbeitslosenquote von $x\%$ bei einer Inflationsrate von $y\%$

Folgerungen, Regeln

- $\det(A) \neq 0$ (A ist also eine invertierbare, quadratische Matrix)
- \Rightarrow #Instrumente \geq # Ziele (Überschuss wünschenswert)
- \Rightarrow Die Zeilenvektoren $(a_{i,1}, \dots, a_{i,k})$ sind linear unabhängig
- Koordinierte, planvolle Wirtschaftspolitik (wegen den zahlreichen Interpedenzen der Instrumente und Ziele)
- zentrale Koordination kaum oder nicht nötig, wenn A
 - Diagonalmatrix (Neutralität der Instrumente)
 - aus quadratischen Untermatrizen besteht (teilweise Neutralität der Instrumente \rightarrow bedingte Koordination)
 - eine Dreiecksmatrix ist (teilweise Neutralität der Instrumente)
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen auch bei Datenänderungen (\vec{d}) notwendig; daher ist Wirtschaftspolitik eine permanente Aufgabe

3.5.7 Anmerkungen zur Vereinfachung aus der Vorlesung

- Grenztaschraten
 - $GTR_1 := \frac{\partial z_1}{\partial m_1} \div \frac{\partial z_2}{\partial m_1} = \frac{a_{1,1}}{a_{2,1}}$
 - $GTR_2 := \frac{\partial z_1}{\partial m_2} \div \frac{\partial z_2}{\partial m_2} = \frac{a_{1,2}}{a_{2,2}}$
- Instrumentelle Zielneutralität
 - A ist Diagonalmatrix und $GTR_i = 0$ OR ∞ $i = 1, 2$
- Instrumentelle Zielharmonie
 - A ist keine Diagonalmatrix und $(GTR_1$ OR $GTR_2) > 0$
- Instrumentelle Zielkonflikt
 - A ist keine Diagonalmatrix und $GTR_i < 0$ OR $= 0$ OR $= \infty$ $i = 1, 2$

3.5.8 Kritik

- Nicht alle Ziele und Instrumente sind quantifizierbar (z.B. Währungsunion)
- Nicht alle Ziele können hinreichend präzisiert werden
- Nicht alle Ziel-Mittel-Beziehungen können vorgegeben werden (Überschätzung der Wissenschaft)
- Zweifel an Realisierbarkeit zentraler Wirtschaftspolitik (Koordinierungs- Kompetenzproblem)

Kapitel 4

Neue politische Ökonomie

4.1 Das Rousseau'sche Demokratiemodell

Modell einer plebiszitären (direkten) Demokratie bzw. repräsentativen (indirekten) Demokratie (18. Jhd.)

4.1.1 Annahmen

- Existenz eines allgemeinen, einheitlichen Volkswillens ("volonté générale")
- durch rationales Nachdenken kommen alle Individuen zum "volonté générale"
- "volonté générale" wird in einer idealen Volksversammlung ermittelt (an der alle teilnehmen)
- gleiche Rechte für alle (Staats-)Bürger

4.1.2 Konsequenzen

- bei großen Gesellschaften einigt man sich darauf, die Macht auf wenige, fähige zu übertragen ("contract sociale") → Politiker
- diese Politiker sollen den Volkswillen umsetzen (einstimmig, Opposition überflüssig)
- "volonté de tous" als praktischer Gegensatz zum theoretischen Volkswillen
 - in Realität beobachtbarer, durch Emotionen und Beeinflussungen verzerrter Volkswille
 - Einteilung in Bürger (Wille aller) und Staatsbürger (Volkswille)

4.1.3 Kritik

- unrealistisch → Volk ist heterogen, es existieren Interessenkonflikte
- Politiker haben auch eigene, individuelle Interessen
- dies führt zum Begriff der **Neuen Politischen Ökonomie**

4.2 Prinzipien der Neuen Politischen Ökonomie

Entstanden in den 60er Jahren der 20. Jahrhunderts.

- Anwendung neoklassischer mikroökonomischer Prinzipien auf politische Sachverhalte, Institutionen, Familien, etc.
- Jeder versucht seinen Nutzen zu maximieren und hat eindeutige Präferenzen ("homo oeconomicus")
- methodologischer Individualismus
 - Entscheidungsträger sind Individuen
 - Kollektiventscheidungen existieren nur als Summe von Einzelentscheidungen
- Individuen entscheiden rational, egoistisch (bei gegebenen Zielen minimale Kosten, bei gegebenen Kosten maximale Ziele)
- Marginalanalyse (basierend auf den Grenzkosten)

Abgrenzungen

Klassische Politische Ökonomie Basiert auf absoluten Mengenangaben (Mengenanalyse) (nach Smith, Ricardo)

Kritische Politische Ökonomie methodologischer Holismus: System bestimmt das Verhalten der Mitglieder (nach Marx)

4.3 Down's Theorie der Demokratie

Demokratie als Modell des politischen Wettbewerbs (1957).

4.3.1 Annahmen

- Wähler und Politiker handeln zweckrational (Nutzen- bzw. Stimmenmaximierer)
 - Politiker streben nach Macht, Einkommen, Prestige, etc. (insbesondere nicht nach einem Gemeinwohl)
 - politische Ziele und Programme sind Mittel zur Stimmenaggregation
 - Wähler erwarten nutzenoptimale Bereitstellung von Kollektivgütern
- repräsentative (indirekte) Demokratie
- allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlen; Mehrheitswahlrecht; periodische Zeitintervalle
- Wählerpräferenzen lassen sich in ein 1-dimensionales (rechts-links) Spektrum einordnen und es existieren mindestens Parteien
- vollkommene Information aller (über Programme, Wählerpräferenzen, etc.)
- jeder Wähler wählt die Partei, deren Programm seinen individuellen Präferenzen am nächsten kommt

Parteien sind also äquivalent zu Unternehmen. Sie produzieren Programme (Güter) nicht für ein Gemeinwohl, sondern um Stimmen zu bekommen (Profit).

Wahlkosten

- Wahlkosten entstehen durch Sammeln und Auswerten von Informationen, Urnengang, etc.
- Übersteigen sie das zu erwartende Nutzeneinkommen folgt Stimmenthaltung
- Stimmenthaltung unabhängig von Wahlkosten, wenn der Stimmeneinfluss auf 0 geschätzt wird

Um Letzteres zu vermeiden (da dies für Einzelstimmen immer der Fall ist) wird ein Faktor "soziales Bewußtsein" eingeführt: das Interesse an der Funktionalität der Demokratie.

4.3.2 Konsequenzen**Parteienverteilung**

2-Parteiensystem Wahl der Partei, von der ein größerer Nutzen zu erwarten ist; bei Gleichheit Stimmenthaltung

Mehrparteiensystem Eindeutige Wahl nur bei Möglichkeit der Regierungsübernahme, sonst taktische Überlegungen möglich

Wählerverteilung

Eingipflige Normalverteilung Zwei-Parteiensystem, Tendenz zur politischen Mitte, die Programme werden fast ununterscheidbar¹

Zweigipflige Wählerverteilung ²Zwei-Parteiensystem, sie vertreten radikale Links-Rechts-Positionen

Mehrgipflige Wählerverteilung ³Mehrparteiensystem, jede Partei siedelt ihr Programm an einem Gipfel an

4.3.3 Kritik

- "soziales Bewußtsein" nicht vereinbar mit rational-egoistischem Prinzip
- ideologische Fixierung (Geschichte) der Parteien fehlt, Persönlichkeiten bleiben unbeachtet
- Annahme der vollkommenen Information unrealistisch
- Programme lassen sich eventuell nicht einfach (kontinuierlich) anordnen
- Programme können differenziert bewertet werden
- politische Präferenzen der Wähler bleiben unbeachtet

Das Modell kann den Erklärungsbedarf politischer Prozesse nicht befriedigen, beschreibt Teilaspekte aber ausreichend.

4.4 Olson's Theorie der Interessengruppen

Interessengruppe := ≥ 2 "Personen" \cong soziale Gruppe mit ≥ 1 gemeinsamen Interesse

¹etwas politischer Abstand bleibt gewahrt um unterscheidbar zu bleiben

²bei starker Polarisierung

³x Gipfel \Rightarrow x Parteien

4.4.1 traditionelle Vorstellung

1. jede Interessengruppe kann sich organisieren
2. Alle Mitglieder fördern nach Kräften das gemeinsame Interesse
3. je größer die Interessengruppe, desto größer ihr Einfluss auf die Politik
4. Neutralisierung des politischen Einflusses durch Konkurrenz der Interessengruppen

4.4.2 Annahmen

1. Mitglieder sind (anfangs) an Beschaffung eines bestimmten Kollektivgutes⁴ interessiert
2. Organisation der Interessengruppe (Einführung eines Reglements)
3. Jedes Mitglied handelt egoistisch-rational
4. die individuellen Entscheidungen hängen ab von
 - individuellen Nutzen am Kollektivgut
 - den Kosten der Beschaffung des Kollektivguts
 - Bedeutung des individuellen Beitrags
 - Grad der sozialen Kontrolle (in) der Gruppe

4.4.3 Folgerungen

1. Große Gruppen haben geringste Chancen sich freiwillig zu organisieren und das gewünschte Kollektivgut zu erlangen ("Schwarz/Trittbrettfahrer-Verhalten"⁵)
2. beste Chancen haben kleine Gruppen mit ungleichmäßiger Verteilung der Bedürfnisintensitäten ("Ausbeutung der Großen durch die Kleinen")
3. Existenz großer organisierter Interessengruppen wird aus ökonomischer Sicht durch Bereitstellung von Anreizen erklärt
 - ökonomische selektive Anreize (Beratung, Service, Vergünstigungen, etc.)
 - soziale Anreize (Prestige, Ämter, Aussicht auf "Entschädigung", etc.)
 - "psychische" Anreize (religiöse Gründe, persönliche Befriedigung, etc.)

4.4.4 Formen und Einfluss von Interessengruppen

Formen

- organisierte Interessengruppen
 - politische Organisationen (Parteien, Initiativen, etc.)
 - Religionsgemeinschaften
 - kulturelle Organisationen (Vereine, etc.)
 - wirtschaftliche Organisationen (Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, etc.)

⁴Kollektivgut \neq Individualgut. Auch Dritte können das Gut gleichzeitig Nutzen ohne einen eigenen Beitrag geleistet zu haben. Folgt nicht dem Ausschlussprinzip. Beispiele: Luft, Recht, Straßen, etc.

⁵Man tut nichts in der Erwartung das es andere tun werden

- unorganisierte Interessengruppen
 - private Freundeskreise
 - Stammtische
 - Anbieter, Nachfrager eines Marktes
 - (Marx'sche) Klassen

Einflussmöglichkeiten

1. Repräsentanz (Organisationsgrad, direkte Einflussnahme, Informationsversorgung)
2. Konfliktfähigkeit (Streitpotential, Streiteffektivität)
3. Finanzkraft (Spenden, Organisationsfähigkeit)

⇒ Marktmacht = Einfluss auf staatliche Wirtschaftspolitik

Der Einfluss ist daher nicht genau bestimmbar.

4.5 Niskanen's ökonomische Theorie der Bürokratie

4.5.1 Annahmen

- Organisation zum ausführen demokratisch gefasster Beschlüsse
- Pyramidenförmiger Aufbau
 - Aufgaben und Kompetenzen verbindlich festgelegt (eindeutige Befehlskette)
 - Ermessensspielraum nimmt nach unten ab
- Mitglieder besitzen an den zu verfügenden Ressourcen kein Eigentum
- Komplexe Probleme werden durch Aufteilung und Delegation besser gelöst
- verfügen über globale, von Politikern gestellten Budgets

4.5.2 Konzept

- Ziel der Bürokraten ist Maximierung des Budgets (entspricht den Zielen Geld, Macht, Karriere, etc.)
- Bilaterales Monopol zwischen Politikern und Bürokraten (Politiker fragen die von den Bürokraten erbrachte Leistungen (Tätigkeiten) nach)
- Asymmetrische Informationsverteilung (AsIv) (Bürokraten sind besser informiert)
- Tendenz zur Aufblähung und zu sachfremden Aktivitäten durch mangelnde Anreiz- und Kontrollverfahren
- Mangelnde Innovationsdynamik
- Überproduktion (nicht allokatationseffiziente Menge) an öffentlichen Gütern
- Erhöhung der Tätigkeit und AsIv zieht Erhöhung des Budgets nach sich → bürokratische Ineffizienz

4.5.3 Kritik

- schwache empirische Untermauerung (nur Pentagon untersucht)
- Budgetmaximierung zu einseitig als Ziel
- Interne Interessenkonflikte (Konkurrenz) in der Bürokratie unberücksichtigt
- Einfluss von Interessengruppen ausgelassen

4.6 Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik

1. Informationsmängel
 - unzuverlässige Prognosen
 - theoretischer Pluralismus (welches Rezept soll angewendet werden?)
 - unvorhersehbare Nebenwirkungen des Instrumenteneinsatzes
2. kurzfristig mangelnde Flexibilität des Instrumenteneinsatzes
3. Möglichkeit bedingter Zielkonflikte
 - z.B. Tarifautonomie
 - z.B. Sicherheit ↔ Freiheit
4. institutionelle Koordinationsprobleme
 - pluralistische Struktur der Willensbildung
 - Förderalismus (Bund, Länder, Kommunen)
 - Zentralbank unabhängig von der Regierung
5. diskretionäre (nicht regelgebundene, automatisierte) Wirtschaftspolitik
 - führt zu Unsicherheit und (falschen) Erwartungen
 - vage Zielformulierungen
6. Fehlen systemadequater Maßnahmen (Es existiert kein bekanntes Mittel gegen natürliche Arbeitslosigkeit)
7. **zeitliche Verzögerungen** ("lags") in der Wirtschaftspolitik
 - Wahrnehmungslag (statistische Erfassung)
 - Diagnoselag
 - Planungslag (stark verkürzbar)
 - Entscheidungslag
 - Durchführungslag
 - Wirkungsverlag

Kapitel 5

Wettbewerbspolitik

5.1 Aufgaben

- Marktmechanismus in Gang halten
- folgende Ziele stützen: ang. wirt. Wachstum, Vollbesch., konst. Preisniveau, etc.
- meist interpretiert als: ≥ 2 Anbieter im Wettbewerb durch Preise, Qualität, Innovation, Werbung, etc.

5.2 Wettbewerbsfunktionen

5.2.1 ökonomische Wettberwerbsfunktion

1. Wettbewerb regelt Güterproduktion entsprechend Konsumentenpräferenzen über den Preis¹
2. Effiziente Faktorallokation (volle Arbeitsauslastung, kostenminimale Güterproduktion)
3. Konvergenz der Güterpreise gegen die Kosten (Gewinn $\rightarrow 0$)
4. Wettbewerb soll zu Marktgleichgewichten führen, Abbau von Angebots- und Nachfrageüberschüssen
5. leistungsgerechte Faktorentlohnung (Einkommensverteilung)

1.-5. statische Wettbewerbsfunktion

6. Förderung technischen Fortschritts
7. Wettbewerb soll für schnelle Anpassung des Marktes an Datumsänderungen sorgen

6.-7. dynamische Wettbewerbsfunktion

¹Knappheit eines Gutes

5.2.2 gesellschaftliche Funktion (Freiheitsfunktion?)

- Wettbewerb ist subtiles Zwangssystem
- als Freiheitsfunktion sehr umstritten
- dezentrales System Voraussetzung, Wirtschaftssubjekte haben große Handlungsspielräume
- Wettbewerb setzt Unsicherheit voraus (Gefahr für Arbeitsplätze, wo Gewinner sind, sind auch Verlierer, etc.)

5.3 Wettbewerbstheorien

5.3.1 Klassifizierungen

Folgende Kriterien werden zur Beurteilung (durch Durchführung von Tests) von funktionsfähigem Wettbewerb herangezogen.

Marktstruktur

- Relative Anzahl und Größe der Anbieter und Nachfrager
- Ausmaß der Produktdifferenzierung
- Grad der Markttransparenz
- etc. (Zutrittsbeschränkungen, Verflechtungen, Alter,...)

Marktergebnis

- Preisniveau, Kostenniveau, Gewinnniveau
- Tempo des technischen Fortschritts
- Marktversorgung
- etc. (Produktqualität, Kapazitätsauslastung, Werbeaufwand,...)

5.3.2 klassische Konzept des "freien Wettbewerbs" (Smith)

- Wettbewerb \Leftrightarrow kein dauerhaftes Monopol
- keine staatlichen Eingriffe \Rightarrow natürlicher, bleibender Wettbewerb
- adäquate Rechtsordnung notwendig (Vertrags-, Eigentumsgarantie, etc.)
- Empfehlung weitgehender Aufhebung aller staatlichen Wettbewerbsbeschränkungen

5.3.3 Neoklassische Modell der "vollkommenen Konkurrenz"

- bilaterales Polypol (viele kleine Anbieter und Nachfrager)
- Produkt/Konditionen-Homogenität
- vollkommene Markttransparenz² (symmetrische Informationsverteilung)
- völlige Offenheit des Marktes²

bis heute theoretisch normiertes Idealmodell der "Wohlfahrtsökonomie".

²bestmögliche Erfüllung der statischen Wettbewerbsfunktion

5.3.4 Ordoliberaler "vollständiger Wettbewerb" (Eucken)

ohne staatliche Kontrolle kommt es zu

- privaten Wettbewerbsbeschränkungen
 - durch Kooperation
 - förmlichen, informellen oder stillschweigenden Kartellvertrag
 - → unzureichende Güterversorgung bzw. Ressourcenallokation
- ruinöse Konkurrenz führt nur kurzfristig zu niedrigen Preisen; langfristig steigen sie dann aber
- reinem freien Wettbewerb wohnt Selbstzerstörungsmechanismus inne

Ziel: Annäherung an vollständigen Wettbewerb, Beseitigung von Marktunvollkommenheiten durch Monopolamt

5.4 Das Kantzenbachkonzept

5.4.1 Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität

- Kennzeichnung durch 2 Merkmale (der Marktstruktur)
 - Anzahl der Anbieter (Duopol ↔ Oligopol ↔ Polypol)
 - Grad der Marktunvollkommenheit
 - * Ausmaß der Produktdifferenzierung (homogenität ↔ inhomogenität der Produkte)
 - * Markttransparenz
- potentielle Wettbewerbsintensität steigt mit abnehmender Zahl der Konkurrenten und mit zunehmender Marktvollkommenheit
- Wettbewerbsbeschränkungen nehmen bei steigender potentieller Wettbewerbsintensität zu

5.4.2 Folgerungen

- effektive Wettbewerbsintensität nimmt ihr Maximum beim "weiten Oligopol" an (mäßige Produktdifferenzierung, mäßig beschränkter Markttransparenz)
- Bei engen Oligopolen müssen die Unternehmen entflochten werden um die Anbieterzahl zu vergrößern
- strikte Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen um enge Oligopole zu verhindern
- bei polypolistischer Struktur Verringerung der Unternehmen, also Förderung von Zusammenschlüssen

5.4.3 Kritik

- Begriff des "weiten Oligopols mit mittlerem Grad von Marktvollkommenheit" unpräzise
- statischer Marktstrukturansatz
- Variable "Wettbewerbsintensität" zu ungenau
- Dilemma-These (ökonomische WB-Funktion vs. Freiheitsfunktion des WB)
- Problem der Marktabgrenzung
- Interventionsintensiv

5.5 Neuklassische Konzept der WB-Freiheit

Von Erich Hoppmann und F.A.v. Hayek.

5.5.1 Annahmen

- Existenz des Wettbewerbsgeistes (anthropologische Konstante)
- WB-Freiheit³
- nur beide Punkte stellen Wettbewerb und somit gute Marktergebnisse sicher⁴
- Existenz wirtschaftlicher Bereiche in denen WB "nicht möglich" ist
- wirtschaftliche Bereiche, in denen WB möglich ist
 - keine WB-beschränkende Marktstrukturen
 - nur WB-beschränkende Verhaltensweisen
- Marktstrukturtests nur Hilfe
- Marktergebnistests unwirksam

5.5.2 Beschränkungen der Wettbewerbsfreiheit

- natürliche Beschränkungen
 - nicht korrigierbar (*natürliche Monopole*)
- künstliche, korrigierbare Beschränkungen
 - staatliche WB-Beschränkung (*Regulierungen aller Art*)
 - private WB-Beschränkung
 - * nichtwillkürliche WB-Beschränkung (*mangelnde Markttransparenz bzw. Mobilität der Nachfrage*)
 - * willkürliche WB-Beschränkung
 - Marktleistungsbedingt⁵ (*zeitlich beschränktes Monopol durch Innovation und Patentschutz*)
 - nicht Marktleistungsbedingt (*Kartelle, Fusionen, unlauterer Wettbewerb*)

³kein Zwang durch andere, kein Marktteilnehmer verfügt über unangemessene Marktmacht, Handlungs- oder Entscheidungsfreiheit

⁴im einzelnen nicht prognostizierbar

⁵gewollt (gewünscht)

5.5.3 politisches Konzept

- Verhaltensmodell (keine bestimmte Marktstruktur als Ziel)
- Deklaration von "Ausnahmebereichen" (in denen kein WB möglich ist) und deren gesonderte Behandlung (Missbrauchsaufsicht)
- staatliche Kontrolle von natürlichen Monopolen, etc.
- Deregulierung, Privatisierung (Abbau staatlicher WB-Beschränkungen)
- Maßnahmen gegen nichtwillkürliche, private WB-Beschränkungen (Verbesserung der Marktinformation)
- willkürliche, nicht marktleistungsbedingte (auch staatliche) WB-Beschränkungen sind per Gesetz **generell zu verbieten (Verbotskatalog)**
- willkürliche, marktleistungsbedingte WB-Beschränkungen sind erwünscht, notwendig (vorrübergehend)

5.5.4 Kritik

- Begriff der WB-Freiheit unpräzise
- Zweifel am WB-Geist ("*spirit of competition*")
- WB-Freiheit und Geist müssen nicht immer zu positiven Ergebnissen führen
- Identifizierung der Ausnahmebereiche schwierig; Marktergebnistests notwendig
- Verbotskatalog offen, alleine auch nicht ausreichend

5.6 WB-Konzept der Chicago-Schule

von Stigler, Posner; besonders während der Reagan-Ära

5.6.1 Konzept

- Betonung der WB-Faktoren:
 - Maximierung der Konsumenten-Wohlfahrt
 - Allokative Effizienz der Produktion
- Unternehmenswachstum beruht vor allem auf Effizienz- und Kostenvorteilen (*survival of the fittest*)
- Großunternehmen Ausdruck der Kostensituation (sie können günstiger produzieren)
- Nicht auf Effizienz beruhende überlegene Marktmacht wird durch Wettbewerb beseitigt
- Nur bedingte Wettbewerbspolitik (z.B. bei Preisabsprachen, Marktzugangssperren⁶, etc.)
- Weitgehende Enthaltung des Staates

⁶Kostenvorteile und hohe Anfangsinvestitionen seien keine

5.6.2 Kritik

- Zweifel an der Funktionsfähigkeit eines sich überlassenen Wettbewerbs
- Nur Effizienz der Ressourcenallokation zur Beurteilung für Wettbewerb unzureichend. Entstehung, Verteilung und Kontrolle werden nicht berücksichtigt.
- Marktzutrittsbeschränkungsbegriff zu eng definiert
- Behauptung, daß Unternehmensgröße allein auf Effizienz beruhe, empirisch nicht nachgewiesen

5.7 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

von 1957

5.7.1 Kartellverbot

- Verbot grundsätzlich
- Nachweis schwierig (da Kartellvereinbarungen nicht schriftlich)
- zahlreiche Ausnahmen (Forschung, Rationalisierung, ganze Branchen wie Land-, Kreditwirtschaft)

5.7.2 Mißbrauchsaufsicht marktbeherrschender Unternehmen

- Behinderungsmißbrauch
- Ausbeutungsmißbrauch
 - überhöhte Preise, Erzwingung besonders günstiger Konditionen
 - ⇒ "als-ob" Konzept: Vergleich mit theoretischen Preisen bei vollständiger Konkurrenz
 - ⇒ Vergleichsmarktkonzept
 - ⇒ Kosten- und Gewinnkontrolle
- Konkretisierung und Nachweis problematisch ⇒ Vermutung reicht aus

5.7.3 Fusionskontrolle

- generelles Verbot von horizontalen, vertikalen und konglomeraten Unternehmenszusammenschlüssen jeder Art, die marktbeherrschende Stellung einleiten
- kein Verbot bei Nachweis der Verbesserung des Wettbewerbs
- Ministererlaubnis möglich (bei gesamtwirtschaftlichen Vorteilen)
 - ex-ante Anmeldepflicht (vor Zusammenschluss, eventuelles Verbot)
 - ex-post Anzeigepflicht (nach Zusammenschluss, eventuelle Auflösung)
- Zulassung die Regel, Verbot die Ausnahme

Kapitel 6

Stabilisierungspolitik

6.1 Allgemeines

6.1.1 Schwankungen des Produktionspotentials

- langfristige Wachstumsschwankungen (des Produktionspotentials)
- Konjunkturschwankungen (= Auslastung des Produktionspotentials)
 - Aufschwung
 - Boom (Maxima)
 - Rezession
 - Krise (Minima)
- Saisonschwankungen

6.1.2 Ziele

- Stabilisierung der Beschäftigung auf möglichst hohem Niveau
 - Arbeitslosenquote: $\frac{\text{registrierte Arbeitslose}}{\text{Erwerbspersonen}}$
 - sonst drohen soziale Unruhe, Belastung der Haushalte, Ressourcenfehlalloka-
tion, Gefährdung der politischen Stabilität
- Stabilisierung der Entwicklung des Preisniveaus
 - Preisindex für die Lebenshaltung; Veränderung = Inflationsrate
 - sonst Investitionsunsicherheit, unerwünschte Verteilungseffekte, Löhne hin-
ken Preisen nach

6.2 Arbeitslosigkeit

6.2.1 Klassifizierung der Arbeitslosigkeit

- partielle Arbeitslosigkeit
 - saisonale Arbeitslosigkeit
 - strukturelle Arbeitslosigkeit
 - * sektoral
 - * regional

* sozialstrukturell (Geschlecht, Nationalität, etc.)

- allgemeine Arbeitslosigkeit
 - friktionelle Arbeitslosigkeit
 - konjunkturelle Arbeitslosigkeit (Keynesianer: unzureichende Güternachfrage)
 - Lohnniveau-bedingte Arbeitslosigkeit
 - Rationalisierungs-Arbeitslosigkeit (durch technischen Fortschritt)
 - institutionell-politisch bedingte Arbeitslosigkeit (Kündigungsschutz, hohe soziale Absicherung)

6.2.2 Die Bundesanstalt für Arbeit

Ziel ist Sicherung eines hohen Beschäftigungsstand bei Steigerung der beruflichen Leistungsfähigkeit.

aktive Arbeitsmarktpolitik

- Information über aktuellen und künftigen Arbeitskräftebedarf
- berät und vermittelt Arbeitskräfte
- fördert Fortbildung
- fördert regionale und sektorale Mobilität
- finanziert strukturverbessernde Maßnahmen

reaktive Arbeitsmarktpolitik

- Leistet Lohnersatz bei
 - Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe)
 - Kurzarbeit
 - schlechter Witterung, Ausfallgeld bei Konkurs der Firma, etc.

Zusätzlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beihilfen, etc. Die Bundesanstalt kann nur Maßnahmen gegen strukturelle und saisonale Arbeitslosigkeit ergreifen.

6.3 Preisniveaustabilität

6.3.1 Ziel der stabilen Preise

- psychologische Funktion
 - Grundsätzlicher Wert (Sicherheit)
 - Voraussetzung für individuelle Zukunftsvorsorge
 - Vermeidung von Hyperinflation (Zusammenbruch des Geldsystems)
- allokativen Funktion
 - knappheitsgerechte Lenkung der Produktionsfaktoren
 - Kalkulierbarkeit (sonst Fehlinvestitionen)
 - Transparenz des Marktes

- distributive Funktion
 - Ausschließung ungewollter Verteilungseffekte
 - * Lohn-lag
 - * Renten-lag
 - * Gläubiger-Schuldner Verhältnis
 - * Staat als Inflationsgewinner

6.3.2 Inflation

- Prozentuale Veränderung eines festgelegten Warenkorbs
- Problematik bei Änderung der Korbzusammensetzung
- Ursachen der Inflation
 - Geldmengen-Expansion (vor allem)
 - Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes
 - autonome Kosten- bzw. Nachfragesteigerungen
 - zunehmender Konzentrationsgrad der Anbieter

6.3.3 Die Zentralbank

Von der Regierung unabhängige Institution.

Aufgaben

- Geldumlauf (im Inland) regeln mit Ziel des stabilen Geldwerts (Kontrolle der Geldmenge) und Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland
- Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland
- Regelung der Kreditversorgung der Wirtschaft

Instrumente der Geldmengenkontrolle

- **Refinanzierungspolitik**
 - Kreditinstitute verkaufen eigene Wertpapiere an die Zentralbank
 - **Diskontsatz:** Zins, den die Zentralbank vom Nennwert der bei Banken gekauften Wechsel abzieht
 - **Lombardsatz:** Zins, den die Banken bei der Zentralbank für Darlehen zahlen müssen
 - Diskont- und Lombardsatz Kern der Zinspolitik; richtungsweisend für die Zinsbildung der Kreditmärkte.
- **Mindestreservepolitik**
 - Banken müssen gewissen Prozentsatz ihrer Verbindlichkeiten bei der Zentralbank als zinsloses Guthaben unterhalten
 - Satz hängt von Art, Höhe und Herkunft ab
- **Offenmarktpolitik**
 - Kauf und Verkauf von Wertpapieren durch die Zentralbank

6.4 Keynes bzgl. Arbeitslosigkeit und Preisniveau

6.4.1 Arbeitslosigkeit

Entstehung

Investitionsfalle: (*siehe Makro I bzw. Anhang*)

- Sparneigung erhöht sich
- Konsum sinkt
- Zins sinkt, Unternehmen investieren aber (aus irgendwelchen Gründen) nicht mehr (bzw. nicht genug)
- Nachfrage nach Gütern sinkt, Güterproduktion sinkt
- \Rightarrow Beschäftigung sinkt

Liquiditätsfalle: (*siehe Makro I bzw. Anhang*)

- Sparneigung erhöht sich
- Konsum sinkt
- Wenn der Minimalzins erreicht ist, sinken die Zinsen nicht weiter
- Nachfrage nach Gütern sinkt
- \Rightarrow Beschäftigung sinkt

Nominallohnstarrheit nach unten: (*siehe Makro I bzw. Anhang*)

- Produktivität erhöht sich bei gleichbleibender Geldmenge
- Preise sinken
- Nominallöhne sinken nicht, weil nach unten fixiert
- Reallöhne steigen
- \Rightarrow Beschäftigung sinkt

Folgerungen

- Bekämpfung struktureller und friktioneller Arbeitslosigkeit durch Arbeitsmarktpolitik
- Arbeitslosigkeit aufgrund Nominallohnstarrheit nach unten durch Geldmengenerweiterung
- Konjunkturelle Arbeitslosigkeit durch Erhöhung der (staatlichen) Güternachfrage mit antizyklischem Verhalten, flankiert mit restriktiver Geldpolitik. Oder Erhöhung der staatlichen Transferleistungen oder Steuersenkungen

6.4.2 Inflation

Inflation stellt keine Gefahr da. Bei Nominallohnstarrheit nach unten sogar erwünscht. Sie führt auch zu niedrigeren Zinsen und so zu mehr Investitionen (Ausnahmen sind Investitions- und Liquiditätsfalle).

6.4.3 Kritik der Keynesianischen Politik

- Politik der Geldmengenexpansion führt langfristig (FRIEDMANN) zu Inflation ohne Auswirkungen auf die Beschäftigung
- staatliche Kreditaufnahmen bewirken Zinsanstieg die private Investitionen verdrängen (also kein Effekt)
- "deficit spending" führt zu steigende Staatsverschuldung, einmal gewährte Leistungen können nicht einfach wieder zurückgenommen werden
- Zeitverzögerungen ("lags") verhindern optimalen Einsatz der Mittel
- nur konjunkturelle Arbeitslosigkeit wird bekämpft

Kapitel 7

Wachstums- und Strukturpolitik

7.1 Wachstumspolitik

7.1.1 Faktoren des realen Sozialprodukts

reale Sozialprodukt = Produktionspotential - nur Punkte 4. und 5. sind beeinflussbar

1. naturräumliche Faktoren (Lage, Klima, Bodenschätze, etc.)
2. Wohnbevölkerung als Basis des Humankapitals
3. Siedlungsstruktur und Bevölkerungswachstum
4. Infrastruktur und regionale Wirtschaftsstruktur
5. Investitionen und technischen Fortschritt

7.1.2 Instrumente der Wachstumspolitik

Produktionsfaktor Arbeit

quantitativ Beeinflussung des Arbeitsvolumens

qualitativ Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Kapital

quantitativ Investitionsförderung

- Sparförderung
- Steuerpolitik
- Infrastrukturpolitik

Technischer Fortschritt

qualitativ Innovations- und Technologiepolitik

- Patentschutz
- Technologietransfer
- Förderung von "Schlüsseltechnologien"
- Wettbewerbspolitik

7.1.3 Kritik an quantitativer Wachstumspolitik

- Umweltrisiken und Umweltbelastungen steigen stark an
- Tempo des Rohstoffsverbrauch nimmt zu
- Sättigungsgrenze der Bevölkerung teilweise erreicht (das Wachstum dient dann nur noch dem System)
- Qualitatives Wachstum müsse vorgezogen werden

7.2 Strukturpolitik

7.2.1 Klassifizierung der Struktur

- Raumstruktur (Stadt, Land)
- regionale Wirtschaftsstruktur
- demographische Struktur (Altersverteilung)
- sektorale Struktur (Aufteilung der Volkswirtschaft in)
 - primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)
 - sekundärer Sektor (Bergbau, Industrie und Handwerk)
 - tertiärer Sektor (Handel, Verkehr, Kreditgewerbe, sonstige Dienstleistungen)

7.2.2 Struktureller Wandel

- Änderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage
- Kapitalintensivierung der Produktion (Arbeit wird teurer)
- technologische Entwicklung
- Änderung der Bevölkerungsstruktur
- andere, exogene Faktoren (durch außenwirtschaftliche Verflechtungen)

7.2.3 Drei-Sektoren-Hypothese

Hypothese über den Strukturwandel.

Im Laufe jeder Volkswirtschaft verlagert sich das wirtschaftliche Schwergewicht vom primären Sektor über den sekundären Sektor, hin zu dem tertiären Sektor.

Da der Dienstleistungssektor durch Rationalisierungsmaßnahmen seine Produktivität nicht so leicht steigern kann, werden die in dem jeweils wachsenden Sektor und somit letztlich im tertiären unterkommen.

Aufgabe des Staates ist es, den Dienstleistungssektor zu fördern.

Kritik

- Rationalisierungspotential des tertiären Sektors unterschätzt
- hohe Preise im Dienstleistungssektor fördern die Internalisierung von Dienstleistungen ("do it yourself")
- ⇒ nicht alle freigesetzten Arbeitnehmer kommen im Dienstleistungssektor unter

7.2.4 Instrumente der Strukturpolitik

Strukturverändernde Maßnahmen

- Steuerliche und finanzielle Instrumente (Risikokapital, Forschungshilfen)
- Abbau von Mobilitätshemmnissen bezüglich des Faktors Arbeit und Kapital (Mobilitätshilfen, Stilllegungs- und Investitionsprämien)

Strukturerhaltende Maßnahmen

- Ziel: beschäftigungspolitische Maßnahmen
- **Subventionen**
- wettbewerbspolitische Ausnahmeregelungen (z.B. Handwerksordnung)

Anhang A

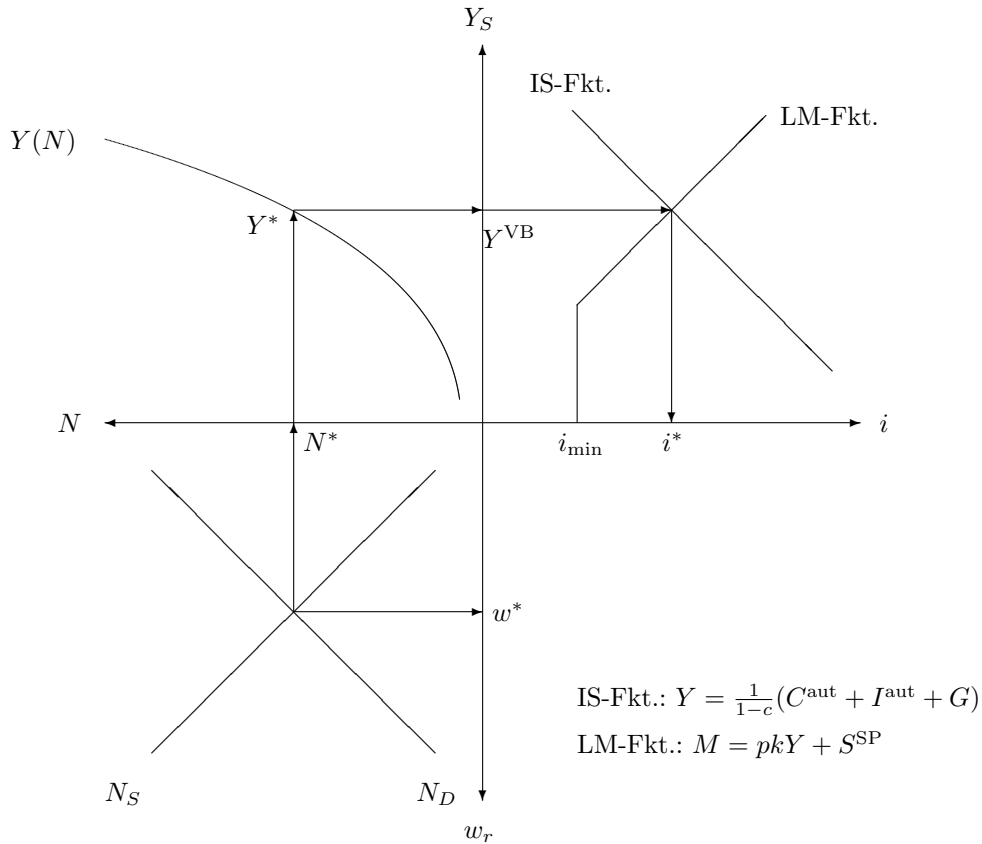
Übersichten

A.1 Vergleich der Grundkonzepte privat-kapitalistischer Märkte

Merkmale	Klassischer Liberalismus	Ordoliberalismus	Sozialer Liberalismus	Liberaler Sozialismus	Neoliberalismus
Rechtsordnung	+++++	+++++	+++++	+++++	+++++
Öffentliche Güter	+++++	+++++	+++++	+++++	++
aktive Wettbewerbspolitik		vollständige Konkurrenz	workable competition	workable competition	workable competition
Geldpolitik ¹		+++++	+++++	+++++	+++++
Konjunkturpolitik			+++++	+++++	
Sozialpolitik			+++++	+++++	
sektorale Strukturgesaltungspolitik				+++++	
sonstiges	Staatsmißtrauen, Marktvertrauen			Marktmißtrauen	

¹Geldpolitik dient zur Preisniveaustabilität

A.2 Das Keynesianische Totalmodell



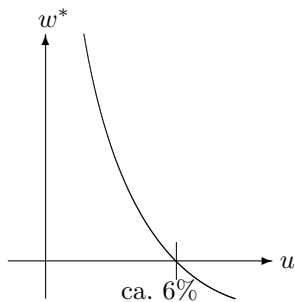
- Beschäftigung und reales Volkseinkommen nichtmehr vom Reallohn abhängig, sondern auch von der effektiven Nachfrage auf dem Gütermarkt
- Konsum und Ersparnisse von der Höhe des Realeinkommens abhängig (nicht vom Zins)
 - $C(Y) = C^{\text{aut}} + cY$, c marginale Konsumquote, $0 < \frac{dC}{dY} < 1$
- Investitionsfunktion $I(i)$ ist von den Rentabilitätserwartungen abhängig
- Geldnachfrage nicht vom Nominallohn, sondern von Zinserwartungen abhängig
- Zins wird auf dem Kapitalmarkt bestimmt
- Existenz von konjunktureller Arbeitslosigkeit

Anhang B

Nebenerläuterungen

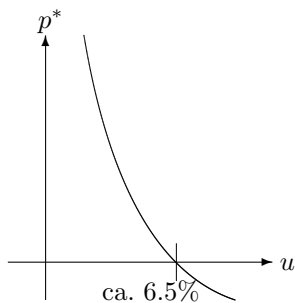
B.1 Die Phillips-Kurve

B.1.1 originäre Phillipskurve



- Korrelation zwischen jährlicher Lonsteigerungsrate (w) und Arbeitslosenquote (u)
- Untersuchungszeitraum: Großbritannien von 1861 bis 1957
- Ergebnis kaum beachtet

B.1.2 modifizierte Phillipskurve



- Korrelation zwischen jährlicher Preissteigerungsrate (p) und Arbeitslosenquote (u)
- Untersuchungszeitraum: USA 1935 bis 1960
- mit großem Interesse aufgenommenes Ergebnis

- Konsequenzen
 - Zusammenhang zwischen wichtiger wirtschaftspolitischer Größe (Arbeitslosigkeit) und einer wirtschaftspolitischen Instrumentenvariabel (Inflationsrate)
 - Zielkonflikt zwischen Inflation und Vollbeschäftigung
- Beurteilung der Neoklassiker (Keynesianer)
 - Geldillusion (also starre, autonome Inflationserwartungen) Voraussetzung
 - Stabiler Zusammenhang bei Nominallohnstarrheit nach unten
 - lässt sich (nur) aus dem Modell mit starrem Nominallohn ableiten

Realität, heutige Sichtweise

Zusammenhang keine direkte Korrelation zwischen Inflation und AL (welche Ähnlichkeit mit der Phillipskure hätte)

Bedingung Nur bei Geldillusion zutreffend; diese ist aber nichtmehr gegeben

Ansicht der Monetaristen Es besteht nur ein kurzfristiger Zusammenhang (bei adaptiver Erwartungsbildung der Arbeitnehmer)

1. Ausgangssituation bei stabiler Inflation und natürlicher Arbeitslosigkeit
2. Erhöhung der Inflationsrate (expansive Finanz- bzw. Fiskalpolitik)
3. Reallohn sinkt, Beschäftigung steigt
4. Arbeitnehmer korrigieren Inflationserwartungen nach oben und setzen Inflationsausgleich durch
5. Reallohn steigt, Arbeitslosigkeit steigt auf natürliches Niveau
6. (momentane) Endsituation bei höherer Inflation und natürlicher Arbeitslosigkeit

Ansicht der Neoklassiker Es sind garkeine Auswirkungen auf die Beschäftigung zu erwarten, da die Arbeitnehmer die Inflationsrate richtig einschätzen

Index

- ökonomische Wettbewerbsfunktion, 25
- Adam Smith
 - klassischer Liberalismus, 6
- adaptive Erwartungshaltung, 42
- Aktionsalternativen
 - wirtschaftspolitische, 13
- Analytisches Problem, 16
- Arbeitslosigkeit, 31
 - bei Keynes, 34
- Arbeitsmarktpolitik, 32
- Arrow's Unmöglichkeitstheorem, 11
- Außenwirtschaftl. Gleichgewicht, 12

- Beschränkung der WB-Freiheit, 28
- Budget, 23
- Bundesanstalt für Arbeit, 32

- Chicago-Schule, 29
- contract sociale, 19

- Demokratiemodell
 - von Rousseau, 19
- dezisionist. Entscheidungsmodell, 15
- dezisionistische Modell, 5
- Dilemmathese, 28
- Down's Theorie der Demokratie, 20
- Drei-Sektoren-Hypothese, 37
- dynamische Wettbewerbsfunktion, 25

- Eigentumsbegriff, 2
- Eingriffsbereiche, 13
- Eingriffsintensität, 13
- Einsatzform, 14
- empirische Zielbeziehungen, 15
- Entscheidungsmodell
 - dezisionistisches, 15

- Faktoren
 - des Sozialprodukts, 36
- fixed-target-policy, 17
- flexible-target-policy, 17
- Freier Wettbewerb, 6
- freier Wettbewerb, 26
- Freiheit, 11
- Fristigkeit, 13

- Funktion
 - gesellschaftliche, 26
- funktionsfähiger Wettbewerb, 9
- Fusionskontrolle, 30

- Geldmenge, 33
- Gerechtigkeit, 12
- gesellschaftliche Funktion, 26
- Gesellschaftliche Grundwerte, 11
- Gesetz gegen WB-Beschränkungen, 30
- Grundwerte
 - gesellschaftliche, 11

- Habermas
 - Modell der Politikberatung, 4
- Handlungsmöglichkeiten
 - wirtschaftspolitische, 14
- Hayek, F.A.v., 28
- homo oeconomicus, 20
- Hoppmann, Erich, 28

- Inflation, 33
 - bei Keynes, 34
- Institutionen
 - nicht-staatliche, 1
 - staatliche, 1
- Instrumente
 - der Strukturpolitik, 38
 - der Verhaltensabstimmung, 14
 - der Verhaltensanweisung, 14
 - der Verhaltensinduzierung, 14
 - der Wachstumspolitik, 36
 - wirtschaftspolitische, 13, 14
- instrumentelle Zielbeziehungen, 15
- Instrumentenmatrix, 16
- Instrumentenvektor, 16
- Interessengruppen
 - organisierte, 22
 - Theorie nach Olson, 21
 - unorganisierte, 23
- Investitionsfalle, 34
- Investitionslenkung, 10
 - Typen der, 10

- Kantzenbachkonzept, 27
- Karl Marx

- Kritik am kl. Liberalismus, 7
- Kartellverbot, 30
- Keynes
 - Arbeitslosigkeit, 34
 - Das Totalmodell, 40
 - Inflation, 34
- Klassische Politische Ökonomie, 20
- Klassischer Liberalismus
 - nach Adam Smith, 6
- Kollektivgut, 22
- Konjunkturschwankungen, 31
- Konkurrenz
 - vollkommene, 26
- Konstituierende Prinzipien, 8
- Kontrollproblem, 12
- Konzept
 - der Chicago-Schule, 29
 - Neuklassische, 28
 - von Kantzenbach, 27
- Kritik
 - am Postulat Max Weber's, 4
 - am Tinbergenmodell, 18
 - am Wohlfahrtsstaat, 10
 - an Keynes Politik, 35
 - von Karl Marx am kl. Liberalismus, 7
- Kritische Politische Ökonomie, 20
- Lageproblem, 12
- lags, 24
- Liberaler Sozialismus, 10
- Liberalismus
 - klassischer nach Adam Smith, 6
 - Neo-, 10
 - sozialer, 9
- Liquiditätsfalle, 34
- logische Zielbeziehungen, 14
- Märkte
 - privatkapitalistische, 39
- Müller Armack
 - soziale Marktwirtschaft, 9
- Maßnahmen
 - strukturerhaltende, 38
 - strukturverdernde, 38
 - wirtschaftspolitische, 13
- Marktergebnis, 26
- Marktstruktur, 26
- Marktwirtschaft
 - soziale, nach Müller Armack, 9
- Max Weber's Postulat, 4
- Merkantilismus, 6
- methodologischer Individualismus, 20
- Mißbrauchsaufsicht, 30
- Mindesreservepolitik, 33
- Mittelproblem, 12
- Modell
 - das dezisionistische, 5
 - das pragmatische, 5
 - das technokratische, 4
 - der Politikberatung, 4
 - von Tinbergen, 15
- modifizierte Phillipskurve, 41
- Neoliberalismus, 10
- Neue Politische Ökonomie, 20
- Neuklassische Konzept, 28
- Niskanen's Theorie der Bürokratie, 23
- Nominallohnstarrheit, 34
- Offenmarktpolitik, 33
- Olson
 - Theorie der Interessengruppen, 21
- optimale Wettbewerbsintensität, 27
- Ordnungspolitik, 8, 14
- Ordoliberalismus
 - nach Walter Eucken, 7
- organisierte Interessengruppen, 22
- originäre Phillipskurve, 41
- Parteienverteilung, 21
- Phillipskurve, 41
 - modifizierte, 41
 - originäre, 41
- Pluralismus
 - theoretischer, 3
- policy
 - fixed-target, 17
 - flexible-target, 17
- Politische Ökonomie
 - Klassische, 20
 - Kritische, 20
 - Neue, 20
- politischer Wettbewerb, 20
- Politisches Problem, 16
- Posner, 29
- Postulat
 - Max Weber, 4
- pragmatische Modell, 5
- Preisniveaustabilität, 12, 32
- primärer Sektor, 37
- Prinzipien
 - konstituierende, 8
 - regulierende, 8
- privatkapitalistische Märkte, 39
- Problem
 - analytisches, 16
 - politisches, 16

- Problematik
 - der Zielverwirklichung, 12
- Prozesspolitik, 8, 14
- Quantifizierbarkeit, 13
- Refinanzierungspolitik, 33
- Regulierende Prinzipien, 8
- Rousseau'sche Demokratiemodell, 19
- Schwarzfahrerverhalten, 22
- Sektoren, 37
- sekundärer Sektor, 37
- Sicherheit, 12
- Sollsätze, 4
- Soziale Marktwirtschaft
 - nach Müller Armack, 9
- Sozialer Liberalismus, 9
- Sozialismus
 - liberaler, 10
- Sozialpolitik, 9
- spirit of competition, 28
- Stabilisierungspolitik, 12, 31
- Stabilitätsgesetz, 12
- statische Wettbewerbsfunktion, 25
- Stiegler, 29
- Strukturklassifizierung, 37
- Strukturpolitik, 37
- technokratische Modell, 4
- tertiärer Sektor, 37
- Theorem
 - Arrow's Unmöglichkeitens-, 11
- Theoretischer Pluralismus, 3
- Theorie
 - der Bürokratie nach Niskanen, 23
 - der Demokratie nach Down, 20
 - der Interessengruppen n. Olson, 21
- Theorie der Wirtschaftspolitik, 3
- Tinbergen-Modell, 15
- Totalmodell
 - Keynes, 40
- Träger der Wirtschaftspolitik, 1
- Trittbrettfahrerverhalten, 22
- Typen der Investitionslenkung, 10
- unorganisierte Interessengruppen, 23
- Verhaltensabstimmung
 - Instrumente der, 14
- Verhaltensanweisung
 - Instrumente der, 14
- Verhaltensinduzierung
 - Instrumente der, 14
- Verzögerungen, 24
- Volkswille, 19
- Vollbeschäftigung, 12
- vollkommene Konkurrenz, 26
- vollständiger Wettbewerb, 8, 27
- volonté de tous, 19
- volonté générale, 19
- Wählerverteilung, 21
- Wachstumspolitik, 36
- Wahlkosten, 21
- Walter Eucken
 - Ordoliberalismus, 7
- Wertbekenntnisse, 4
- Werturteile, 4
- Wettbewerbsgeist, 28
- Wettbewerb
 - freier, 6, 26
 - funktionsfähiger, 9
 - Gesetz gegen Beschränkungen, 30
 - politischer, 20
 - vollständiger, 8, 27
- Wettbewerbsfunktion
 - ökonomische, 25
 - dynamische, 25
 - statische, 25
- Wettbewerbsintensität
 - optimale, 27
- Wettbewerbspolitik, 25
- wirtschaftspol. Instrumente, 14
- wirtschaftspolit. Instrumente, 13
- Wirtschaftspolitik
 - Begriff der, 1
 - Theorie der, 3
 - Träger der, 1
- wirtschaftspolitische Maßnahmen, 13
- Wirtschaftssystem, 2
- Wirtschaftstheorie, 3
- Wirtschaftswachstum, 13
- Wohlfahrtsökonomie, 26
- Wohlstand, 12
- Zentralbank, 33
- Zielbereiche, 13
- Zielbeziehungen
 - instrumentelle bzw. empirische, 15
 - logische, 14
- Zielproblem, 12
- Zielvektor, 16